

- cau (*Association for Democracy and Social Well-Being*): 1.252,
- Liste 4 Voz de Classe Média de Macau (*Voice of the Middle Class* mit ihrem Spitzenkandidaten Tang Chou Kei, einem ehemaligen Zeitungsherausgeber): 877,
 - Liste 10 Associação Promotora da Juventude Hou In Chio Ieong (*Association of the Youth Promotion [Rising Sun]*): 849,
 - Liste 9 União dos Operários (*Union of Workers*): 700,
 - Liste 7 Associação de Direitos de Cidadãos (*Association for the Rights of the Citizens*): 237.

Die Wahl, so Regierungschef Edmund Ho Hau Wah (He Houhua) in einer öffentlichen Erklärung am Morgen nach der Wahl, spiegele die weitere Umsetzung der Grundprinzipien „ein Land, zwei Systeme“, „Macauer regieren Macau“ und ein hohes Maß an Autonomie in der SVRM wieder. Nach Artikel 2 des „Wahlsystems für die Legislative der SVR Macau“ muss der Regierungschef innerhalb von 15 Tagen nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses die noch fehlenden sieben Parlamentsmitglieder ernennen. Edmund Ho bestimmte dazu Tina Ho Teng Iat, Stanley Au Ching Kit, Philip Xavier, Vong Hin Fai, Cheong Wai Kei, José Manuel de Oliveira Rodreigues und Chui Wai Kuan. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 21., 23., 24.9.01, 8., 10.10.01; NZZ, 25.9.01; RMRB, 25.9.01; XNA, 9., 23., 24., 25., 27.9.01; www.xinhuanet, 24.9.01; SCMP, 29.9.01) -ljk-

Taiwan

22 KMT schließt Lee Teng-hui aus der Partei aus

Die Nationale Volkspartei Kuomintang (KMT) schloss Mitte September ihren früheren Vorsitzenden und einstigen Präsidenten Taiwans Lee Teng-hui (Li Denghui) aus. Der Schritt markiert einen Kulminationspunkt im Wandel der Parteienlandschaft, der sich derzeit im Vorfeld der kommenden Parlamentswahlen vollzieht.

Viele Parteimitglieder hatten den Ausschluss schon seit längerem gefordert, hatte sich Lee doch gegen die Politik seines Nachfolgers im Parteivorstand Lien Chan (Lian Zhan) gestellt und sich immer offener für die neue Partei „Union für Taiwan-Solidarität“ (Taiwan Solidarity Union, TSU) ins Zeug gelegt, die einige seiner Anhänger gegründet hatten. Da Lee auch in der KMT nach wie vor zahlreiche Anhänger hat und in der Öffentlichkeit einiges Ansehen genießt, hatte sich die KMT-Führung bislang gegen den Ausschluss ihres Exvorsitzenden ausgesprochen. (Vgl. C.a., 2001/6, Ü 42; 2001/7, Ü 40, Ü 41) Nachdem Lee Anfang September aber auf Wahlkampfveranstaltungen vor Zehntausenden von Zuhörern für die TSU warb, wurde eine Bereinigung der Angelegenheit unabweisbar. Um eine Zerreißprobe und mögliche Spaltung der Partei zu vermeiden, versuchte es die KMT zunächst noch im Guten und forderte Lee auf, die Partei freiwillig zu verlassen. Nach einer Sitzung des für die Parteidisziplin zuständigen Ausschusses wollte die KMT sogar eine Delegation aus Parteisenioren zu Lee schicken, um ihn zur Mäßigung zu bewegen, beließ es dann aber dabei, ihre Sorge in einem Brief an Lee auszudrücken. Lees Reaktion brachte das Fass zum Überlaufen. Er warf der KMT-Führung erneut vor, die angestammte, von ihm geprägte Parteilinie verlassen zu haben: Die angeblichen Antikommunisten machten jetzt, so Lee, mit den Kommunisten gemeinsame Sache gegen Taiwan. Am 21. September beschloss die KMT dann Lees Parteiausschluss. (Hong Kong AFP, nach FBIS, 3.9.01; TT, 2.9., 17.9., 22.9.01; CNAT, nach BBC PF, 20.9., 21.9.01; SCMP, 6.9.01)

Nach Lage der Dinge war der Bruch unausweichlich. Lee trifft mit seiner Kritik an der KMT zweifellos die Tatsachen: Die Partei hat sich von seiner politischen Linie, die durch die unbedingte Wahrung der Interessen Taiwans geprägt war, gelöst und die Tatsache, dass die Dialogangebote Präsident Chens von Beijing boykottiert werden, rücksichtslos dazu benutzt, sich am Präsidenten vorbei mit der Staatsführung der VR China zu verständigen. Auch der zweite Vorwurf Lees an seine ehemaligen Parteigenossen und besonders an seinem politi-

schen Ziehsohn Lien Chan ist nicht von der Hand zu weisen: In überheblicher Machtvollkommenheit hat die KMT mit ihrer Parlamentsmehrheit monatelang die Regierungsarbeit blockiert – zum Schaden der Nation. Heute sieht Lee seine Linie daher eher von der Regierungspartei DPP vertreten, die er einst bekämpfte. Allerdings haben sich die Zeiten gewandelt, und selbst die unabhängigkeitsorientierte DPP hat sich jüngst von dem alten, von Lee formulierten Grundsatz des „Langsam, nur Geduld“ gegenüber der VR China verabschiedet.

Abzuwarten bleibt, wie sich Lees Einsatz für die TSU bei den Wahlen auswirken wird. Viele Beobachter erwarten, dass die TSU, die außer Lee selbst nicht viel zu bieten hat, beim Urnengang Anfang Dezember in erster Linie die DPP Stimmen kosten wird. Dies wäre jedoch keineswegs in Lees Sinne. -hws-

23 Reaktionen auf Terroranschläge in den USA

Die globalen Schockwellen, die die Terroranschläge auf New York und Washington auslösten, zeitigten in Taiwan ähnliche Reaktionen wie in den übrigen demokratischen Staaten. Alle politischen Führer äußerten sich schockiert. An Flughäfen, Häfen, den wichtigen staatlichen Institutionen sowie an US-Einrichtungen wurden die Sicherheitskräfte verstärkt. Die Aktienbörse schloss für einen Tag. Ministerpräsident Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong), der auf der Rückkehr von einer Lateinamerikareise mit seiner hochrangigen Delegation gerade auf Hawaii einen Zwischenstopp einlegte, steckte dort wegen der Sperrung des gesamten amerikanischen Luftraums zwei Tage fest. Das Kabinett traf sich zu einer Notsitzung. Eine für Taiwan wichtige Konferenz, zu der sich 500 Regierungsbeamte, Parlamentarier und Unternehmer am 17. September in Boston mit amerikanischen Gesprächspartnern treffen sollten, wurde abgesagt. Das Außenministerium strich zudem die für die USA geplanten Feiern zum taiwanischen Nationalfeiertag am 10. Oktober. Außenminister Tien Hung-mao (Tian Hongmao) erklärte, Taiwan stehe voll an der Seite der USA. Für den

15. und 16. September wurden in Taiwan die Flaggen auf halbmast gesetzt. Am 20.8. berief Präsident Chen eine nationale Sicherheitskonferenz ein; er wiederholte anschließend, dass Taiwan den Kampf der USA gegen den Terrorismus nachdrücklich unterstütze.

Wie in anderen Staaten musste auch Taiwan einräumen, dass es gegen Terrorangriffe nur unzureichend geschützt ist. In Taipei sei das Verteidigungsministerium nicht einmal vor Anschlägen mit Autobomben sicher, erklärte der Experte einer Militärzeitschrift.

Hinsichtlich möglicher Vergeltungsschläge äußerte ein Sprecher des Außenministeriums, Taiwan hoffe, US-Aktionen gegen Afghanistan oder andere Staaten des mittleren Ostens würden maßvoll durchgeführt.

Zunächst unklar war das Schicksal von 101 Mitarbeitern jener fünf taiwanischen Banken, die im zerstörten World Trade Center Büros unterhielten. Später wurde bekannt, dass die meisten evakuiert werden konnten; neun Personen wurden jedoch vermisst. Die Elektronikfirma Via spendete 1 Mio. US\$ als Nothilfe für die Opfer und für den Wiederaufbau.

Mit besonderer Sorge wurden die möglichen Auswirkungen auf Taiwans Wirtschaft gesehen, schließlich ist Taiwans Elektronikindustrie besonders stark vom amerikanischen Markt abhängig, und Taiwans Wirtschaft befindet sich ohnehin in einer Rezession. Erste Schätzungen des Rats für Wirtschaftsplanung besagten, dass die Erholung sich um ein Quartal verzögern und das Bruttoninlandsprodukt wegen der Terrorangriffe im kommenden Jahr um 0,2 bis 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen könnte als bislang erwartet. Andere Analysten äußerten sich deutlich pessimistischer und schätzten, dass Taiwans Wirtschaft in 2002 weiter schrumpfen wird. Vor allem für den Fall eines längeren Krieges würden sich die Chancen auf ein baldiges Ende der Rezession weiter eintrüben.

Sofort und unmittelbar betroffen waren zunächst die Elektronikhersteller im Wissenschaftspark von Hsinchu (Xinzhu), die ihre sonst per Luftfracht in die USA transportierten Halbleiter, PCs, Monitore etc. drei Tage lang stapeln mussten und anschlie-

ßend verdoppelte Frachttarife hinzunehmen hatten. Die Produktion wurde jedoch nicht zurückgefahren.

Längere Auswirkungen gab es für die Flugesellschaften wegen der stark gestiegenen Versicherungsprämien. Das Parlament verabschiedete kurzfristig ein Gesetz, wonach die Regierung ab Ende September für 30 Tage den vollen Versicherungsschutz garantiert. Wegen der eingebrochenen Nachfrage strich Eva Airways ab 1. Oktober wöchentlich 17 Flüge in die USA und nach Südostasien und kündigte Entlassungen an.

Der Aktienindex Taiex fiel nach Wiedereröffnung der Börse auf unter 4.000 Punkte und erreichte damit ein Achtjahres-Tief. (Hong Kong AFP, nach FBIS, 12.9.01; CNAT, nach BBC PF, 12.-14.9., 17.9., 18.9., 25.9.01; CNAT, nach FBIS, 14.9., 29.9.01; TT, 12.9., 13.9., 15.9., 30.9.01; TT, nach BBC PF, 27.9.01; TH, 12.9., 14.9., 21.9., 25.9., 28.9.01; WSJ, 19.9.01) -hws-

24 Taifun Nari legt Taipei lahm

Die Serie todbringender Taifune, die Taiwan dieses Jahr heimsucht, ging im September weiter: Taifun Nari, der sich besonders langsam bewegte und daher mit fast drei Tagen ungewöhnlich lange über der Insel verweilte, überschwemmte vom 16. bis 18. September mit ungeahnten Regenmassen den Norden Taiwans. Besonders schlimm traf es die Hauptstadt Taipei und die Hafenstadt Keelung (Jilong). Über 90 Menschen ertranken oder wurden verschüttet. Der Wirbelsturm brachte Taipei innerhalb von weniger als 24 Stunden über 400 mm Niederschlag; die bisherige Rekordmarke stand bei 358 mm. In einigen Orten fielen über 800 mm Regen, die bei weitem größten Mengen seit Beginn der Aufzeichnungen. Stellenweise stand das Wasser zwei Etagen hoch. Für Taipei waren die Überschwemmungen die schlimmsten seit 50 Jahren. Die Fluten legten auch das U-Bahn-System einschließlich der unterirdischen Leitzentrale lahm. Bis auf die auf Viadukten verlaufende Mucha-Linie fiel der U-Bahn-Verkehr für 14 Tage völlig aus; erst am 1. Oktober konnte eine weitere Strecke mit Einschränkungen ihren Betrieb wieder aufnehmen. 400.000 Haushalte wa-

ren oft für mehrere Tage ohne Strom, 410.000 Haushalte blieben ohne Telefonverbindung. Fast 1 Mio. Haushalte waren von einem Zusammenbruch der Trinkwasserversorgung betroffen, oft als Folge der Stromausfälle. 3.000 Personen wurden obdachlos. 4.130 Gebäude wurden beschädigt, davon 80% in Taipei. Drei Tage lang fielen die meisten Inlandsflüge aus. Der Bahnverkehr an der Westküste und Teilen der Ostküste wurde eingestellt; eine Rückkehr zu vollem fahrplanmäßigem Betrieb wird erst für Ende Oktober erwartet.

Die Schäden in der Landwirtschaft wurden auf 2,7 Mrd. NT\$ (86 Mio. Euro) geschätzt. Hinsichtlich der erheblichen Schäden an Gebäuden und Inventar lagen bis Monatsende noch keine verlässlichen Zahlen vor. Die Schäden an der Taipeier U-Bahn, deren Reparatur bis zu sechs Monate dauern soll, wurden mit 4 Mrd. NT\$ (127 Mio. Euro), der tägliche Einnahmeausfall mit 20 Mio. NT\$ (0,64 Mio. Euro) beziffert. Die Regierung stellte Finanzhilfen im Umfang von 2,2 Mrd. NT\$ (70 Mio. Euro) in Aussicht, über die Banken sollen weitere 10 Mrd. NT\$ an Niedrigzinsdarlehen für den Wiederaufbau kommen.

Beobachter sind sich einig, dass Taifun Nari Taiwans Rezession verschlimmern wird, zumal die Aussichten bereits durch die Terroranschläge in den USA eingetrübt waren. Erneut hat sich der Katastrophenschutz in Taiwan als unzureichend erwiesen. Deiche waren nicht hoch genug, es fehlte an Reservoirs und an leistungsstarken Pumpen. Eine Pumpstation in Taipei, angeblich die größte Südasiens, fiel aus, weil sie selbst überschwemmt wurde. Premier Chang kündigte an, 2002 werde zum „Jahr der Aufforstung“ erklärt. Sowohl bei Taifunen als auch bei Erdbeben sind entwaldete Berghänge besonders erdrutschgefährdet und ein Hauptgrund dafür, dass es zu Todesopfern kommt. Was diesmal aber offensichtlich besser klappte als bei vorangegangenen Taifunkatastrophen war die Evakuierung von Bewohnern besonders gefährdeter Gebiete. 24.000 Personen wurden rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Die Opferzahl hätte sonst weit höher ausfallen können. (CNAT, nach BBC PF, 18.9., 20.9., 21.9.01; FT, 20.9.01; TH, 19.9., 21.9.01; TT, 18.9., 19.9., 20.9., 25.9.,

26.9.01; NZZ, 18.9., 20.9.01; *Straits Times* interactive, 21.9.01) -hws-

25 Reform des Militärstrafrechts

Taiwans Regierung und Parlament machen Fortschritte beim Aufräumen mit der Hinterlassenschaft von Jahrzehnten der Diktatur und des Kriegsrechts. Ende September verabschiedete das Parlament revidierte Strafgesetze für das Armee-, Marine- und Luftwaffenpersonal. Dabei wurde die Zahl der Vergehen, auf die die Todesstrafe steht, von 44 auf zwei reduziert. Mindestens ebenso wichtig ist, dass in Zukunft alle strafrechtlich relevanten Fälle in Friedenszeiten, sofern sie nicht spezifisch militärische Belange betreffen, vor Zivilgerichten verhandelt werden. Der Gültigkeitsbereich der Militärgerichtsbarkeit wird damit deutlich eingeschränkt. Die Reformen gelten als die tiefst greifenden seit Einführung des Militärstrafrechts im Jahr 1929. (TH, 28.9.01) -hws-

26 WTO-Beitrittsabkommen unter Dach und Fach

Einen Tag, nachdem die Vorbereitungen für den Beitritt Chinas zur Welt Handelsorganisation (WTO) in Genf abgeschlossen wurden, konnte auch Taiwan die letzte Hürde nehmen, ehe im November auf einer Ministerkonferenz aller derzeitigen 142 Mitglieder in Qatar dem Aufnahmegesuch auch formal stattgegeben wird. Elf Jahre hatten die Vorbereitungen gedauert, und schon vor 18 Monaten hatte Taiwan die bilateralen Verhandlungen mit allen 26 Nationen abgeschlossen, die Klärungsbedarf sahen. Wegen der VR China, die einen Alleinvertretungsanspruch gegenüber China und Taiwan erhebt, sollte die Inselrepublik jedoch nicht beitreten dürfen, ehe auch China so weit war. Taiwans Aufnahme wird daher auch nicht unter der Bezeichnung „Taiwan“ oder gar, so der offizielle Name, „Republik China“, sondern als „Separates Zollgebiet chinesisches Taipei“ erfolgen. In Kraft treten wird die Mitgliedschaft voraussichtlich im ersten Quartal 2002, nachdem alle Verträge ratifiziert wurden. Schätzungen lassen erwarten, dass das Wirtschaftswachstum in den ersten fünf

Jahren um 0,64% per annum höher ausfallen wird als ohne WTO-Mitgliedschaft. Gleichzeitig wird die Erwerbslosigkeit jedoch zunehmen. Vor allem die taiwanische Landwirtschaft befürchtet erhebliche Einbußen, da sie in großen Teilen gegenüber Billigimporten vom Festland nicht wettbewerbsfähig ist. (CNAT, nach BBC PF, 18.9., 19.01; FT, 18.9.01; TT, 19.9.01; Hong Kong AFP, nach FBIS, 28.9.01) -hws-

27 Wirtschaftsminister Lin besucht Deutschland

Taiwan unternimmt derzeit verstärkt Initiativen, um ausländisches Investitionskapital nach Taiwan zu holen. Im Zuge dieser Bemühungen kam Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) Anfang September auch nach Berlin. Mit seiner 50-köpfigen Delegation blieb er zwei Tage. Im Rahmen der neunten deutsch-taiwanischen Wirtschaftstagung traf Lin am 4. September auch mit seinem deutschen Kollegen Werner Müller zusammen. Breiten Raum nahmen Gespräche mit deutschen Unternehmern ein. Vertreter beider Seiten unterzeichneten mehrere Kooperationsvereinbarungen.

Lin reiste anschließend nach Paris weiter, wo er gemeinsam mit dem Bürgermeister von der südtaiwanischen Industrie- und Hafenmetropole Kaohsiung (Gaoxiang), Frank Hsieh (Xie Changting), der aus Amsterdam kam, diverse Abkommen mit französischen Firmen unterzeichnete. Der Besuch in Paris hielt für Lin eine protokollarische Wohltat bereit: Das Wirtschaftsministerium hatte zu seiner Begrüßung die Nationalflagge des Gastes hissen lassen. (CNAT, nach BBC PF 2.-4.9., 6.9.01) -hws-